

Sonderdruck aus:

Mitteilungen aus der Arbeitsmarkt- und Berufsforschung

Ulrich Teichler

Zum Wandel von Bildung und Ausbildung in den
70er und 80er Jahren

18. Jg./1985

2

Mitteilungen aus der Arbeitsmarkt- und Berufsforschung (MittAB)

Die MittAB verstehen sich als Forum der Arbeitsmarkt- und Berufsforschung. Es werden Arbeiten aus all den Wissenschaftsdisziplinen veröffentlicht, die sich mit den Themen Arbeit, Arbeitsmarkt, Beruf und Qualifikation befassen. Die Veröffentlichungen in dieser Zeitschrift sollen methodisch, theoretisch und insbesondere auch empirisch zum Erkenntnisgewinn sowie zur Beratung von Öffentlichkeit und Politik beitragen. Etwa einmal jährlich erscheint ein „Schwerpunktheft“, bei dem Herausgeber und Redaktion zu einem ausgewählten Themenbereich gezielt Beiträge akquirieren.

Hinweise für Autorinnen und Autoren

Das Manuskript ist in dreifacher Ausfertigung an die federführende Herausgeberin Frau Prof. Jutta Allmendinger, Ph. D. Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung 90478 Nürnberg, Regensburger Straße 104 zu senden.

Die Manuskripte können in deutscher oder englischer Sprache eingereicht werden, sie werden durch mindestens zwei Referees begutachtet und dürfen nicht bereits an anderer Stelle veröffentlicht oder zur Veröffentlichung vorgesehen sein.

Autorenhinweise und Angaben zur formalen Gestaltung der Manuskripte können im Internet abgerufen werden unter http://doku.iab.de/mittab/hinweise_mittab.pdf. Im IAB kann ein entsprechendes Merkblatt angefordert werden (Tel.: 09 11/1 79 30 23, Fax: 09 11/1 79 59 99; E-Mail: ursula.wagner@iab.de).

Herausgeber

Jutta Allmendinger, Ph. D., Direktorin des IAB, Professorin für Soziologie, München (federführende Herausgeberin)
Dr. Friedrich Buttler, Professor, International Labour Office, Regionaldirektor für Europa und Zentralasien, Genf, ehem. Direktor des IAB
Dr. Wolfgang Franz, Professor für Volkswirtschaftslehre, Mannheim
Dr. Knut Gerlach, Professor für Politische Wirtschaftslehre und Arbeitsökonomie, Hannover
Florian Gerster, Vorstandsvorsitzender der Bundesanstalt für Arbeit
Dr. Christof Helberger, Professor für Volkswirtschaftslehre, TU Berlin
Dr. Reinhard Hujer, Professor für Statistik und Ökonometrie (Empirische Wirtschaftsforschung), Frankfurt/M.
Dr. Gerhard Kleinhenz, Professor für Volkswirtschaftslehre, Passau
Bernhard Jagoda, Präsident a.D. der Bundesanstalt für Arbeit
Dr. Dieter Sadowski, Professor für Betriebswirtschaftslehre, Trier

Begründer und frühere Mitherausgeber

Prof. Dr. Dieter Mertens, Prof. Dr. Dr. h.c. mult. Karl Martin Bolte, Dr. Hans Büttner, Prof. Dr. Dr. Theodor Ellinger, Heinrich Franke, Prof. Dr. Harald Gerfin,
Prof. Dr. Hans Kettner, Prof. Dr. Karl-August Schäffer, Dr. h.c. Josef Stingl

Redaktion

Ulrike Kress, Gerd Peters, Ursula Wagner, in: Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung der Bundesanstalt für Arbeit (IAB), 90478 Nürnberg, Regensburger Str. 104, Telefon (09 11) 1 79 30 19, E-Mail: ulrike.kress@iab.de; (09 11) 1 79 30 16, E-Mail: gerd.peters@iab.de; (09 11) 1 79 30 23, E-Mail: ursula.wagner@iab.de; Telefax (09 11) 1 79 59 99.

Rechte

Nachdruck, auch auszugsweise, nur mit Genehmigung der Redaktion und unter genauer Quellenangabe gestattet. Es ist ohne ausdrückliche Genehmigung des Verlages nicht gestattet, fotografische Vervielfältigungen, Mikrofilme, Mikrofotos u.ä. von den Zeitschriftenheften, von einzelnen Beiträgen oder von Teilen daraus herzustellen.

Herstellung

Satz und Druck: Tümmels Buchdruckerei und Verlag GmbH, Gundelfinger Straße 20, 90451 Nürnberg

Verlag

W. Kohlhammer GmbH, Postanschrift: 70549 Stuttgart; Lieferanschrift: Heßbrühlstraße 69, 70565 Stuttgart; Telefon 07 11/78 63-0; Telefax 07 11/78 63-84 30; E-Mail: waltraud.metzger@kohlhammer.de, Postscheckkonto Stuttgart 163 30. Girokonto Städtische Girokasse Stuttgart 2 022 309. ISSN 0340-3254

Bezugsbedingungen

Die „Mitteilungen aus der Arbeitsmarkt- und Berufsforschung“ erscheinen viermal jährlich. Bezugspreis: Jahresabonnement 52,- € inklusive Versandkosten: Einzelheft 14,- € zuzüglich Versandkosten. Für Studenten, Wehr- und Ersatzdienstleistende wird der Preis um 20 % ermäßigt. Bestellungen durch den Buchhandel oder direkt beim Verlag. Abbestellungen sind nur bis 3 Monate vor Jahresende möglich.

Zitierweise:

MittAB = „Mitteilungen aus der Arbeitsmarkt- und Berufsforschung“ (ab 1970)
Mitt(IAB) = „Mitteilungen“ (1968 und 1969)
In den Jahren 1968 und 1969 erschienen die „Mitteilungen aus der Arbeitsmarkt- und Berufsforschung“ unter dem Titel „Mitteilungen“, herausgegeben vom Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung der Bundesanstalt für Arbeit.

Internet: <http://www.iab.de>

Zum Wandel von Bildung und Ausbildung in den 70er und 80er Jahren

Ulrich Teichler*

Seit Jahren beobachten wir in allen industrialisierten Ländern ein Wachstum der kognitiv anspruchsvollen Bereiche der Sekundärschulen und Berufs- und Fachschulen sowie eine Expansion der Hochschulen. Eine steigende Zahl von Jugendlichen schließt die vorberufliche Bildung auf einem höheren formalen Bildungsniveau ab: Dies gilt auch für die Bundesrepublik Deutschland nach 1970 (allerdings sinkt seit einigen Jahren nicht mehr der Anteil der Jugendlichen, die in volle Berufstätigkeit ohne vollständige Berufsausbildung eintreten). Die Bildungschancen der Jugendlichen vergrößerten sich zum Teil im Prozeß der Expansion des akademischen Bildungsbereiches und zum Teil infolge der Aufwertung des nicht-akademischen Bildungsbereichs.

Drei institutionelle Strategien in dieser Hinsicht konnte man häufig in anderen industrialisierten Gesellschaften beobachten; kaum dagegen in der Bundesrepublik Deutschland:

- a) eine Horizontalisierung der Sekundarschulstruktur;
- b) eine deutliche Öffnung des Hochschulzugangs für Berufserfahrene;
- c) die Etablierung einer tertiären Bildungsstruktur, wobei nicht-hochschulische Institutionen für Personen jenseits des typischen Sekundarschulbesuchsalters aufgewertet werden.

Die Bildungsexpansion der letzten Jahrzehnte erfolgte im Kontext wachsender beruflicher Anforderungen; allerdings wird generell angenommen, daß der Wandel des erforderlichen Qualifikationsniveaus langsamer vor sich ging als die Bildungsexpansion. Dies hatte in der Bundesrepublik Deutschland gewöhnlich eine zweistufige Adaption zur Folge: für viele Berufe steigt das durchschnittlich vorberufliche Qualifikationsniveau, und für viele Wege der vorberuflichen Ausbildung – berufliche Ausbildung und Hochschulausbildung – steigt die durchschnittliche schulische Vorbildung. Die vorliegenden Daten zeigen, daß die Expansion der Schulbildung von 1970 bis 1982 zu mehr als der Hälfte zur Ausweitung bis dahin typischerweise anschließender Berufs- und Hochschulausbildung geführt hat. Neuere Daten lassen jedoch die Vermutung zu, daß mehr als die Hälfte der Ausweitung des Schulbesuchs sich lediglich in der Zunahme der schulischen Vorbildung für die verschiedenen Berufs- und Hochschulausbildungen niederschlägt.

Gliederung

1. Einleitung
2. Quantitative und strukturelle Entwicklung des allgemeinbildenden Schulwesens
3. Entwicklung des Beschäftigungssystems und der Qualifikationsstruktur
4. Entwicklung der vorberuflichen Ausbildung
5. Veränderungen in der Beziehung von allgemeinbildender Schulbildung und Berufsausbildung
6. Fazit

1. Einleitung

Für die Veränderung der Situation von Jugendlichen in den vergangenen Jahren spielt die Entwicklung des Bildungssystems eine sehr große Rolle. Schule und Berufsausbildung nehmen große Bereiche des Lebens von Jugendlichen ein, und die vorberuflich erfolgte Bildung ist sehr folgenreich für das weitere Leben.

In der Diskussion über die Entwicklung des Bildungssystems seit etwa 1970 haben sich verschiedene Themen überlagert: Dazu gehört erstens die Diskussion über Zielsetzun-

gen und Programme der Bildungsreform: wie haben sich die Chancen der Jugendlichen zu einer niveauvolleren Ausbildung vergrößert? Wieweit sind Sackgassen im Bildungssystem abgebaut worden? Wieweit haben sich die verschiedenen Bildungsinstitutionen einer Ausbildungsstufe einander angenähert? Zweitens gehörten die Beschäftigungsaussichten der Jugendlichen und deren Prägung durch vorberufliche Bildung zu den Hauptthemen: Wie unterscheidet sich das Arbeitslosigkeitsrisiko je nach Bildungsabschluß? Ändert sich infolge der gewachsenen Arbeitsmarktprobleme der Zusammenhang von Ausbildungsabschluß und Berufsposition grundlegend? Setzt sich die Bildungsexpansion unter diesen Umständen nicht mehr fort? Drittens wurde in den letzten Jahren die demographische Entwicklung häufig in diesem Zusammenhang aufgenommen: Erfährt eine Generation der Jugendlichen eine Benachteiligung, weil sie einem demographischen „Berg“ angehört? Gehen die Ausbildungschancen für diese Generation zurück? Ändern sich im Rahmen der Bemühungen um diese Generation die Entwicklungstendenzen von Bildung grundlegend? Dies sind nur einige der vielfältigen Themen.

In den folgenden Abschnitten wird der Versuch unternommen, die Veränderungen in den Bildungsinstitutionen, in der Zahl der Lernenden und in der Entwicklung der Bildungswege seit 1970 aufzuzeigen. Die verschiedenen Grundsatzdebatten der letzten Jahre haben häufig kaum erkennen lassen, wie denn unter den skizzierten Bedingungen sich das Bildungssystem und die Bildungswege der Jugendlichen tatsächlich verändert haben.

*) Prof. Dr. Ulrich Teichler ist Hochschullehrer an der Gesamthochschule Kassel und Geschäftsführender Direktor des Wissenschaftlichen Zentrums für Berufs- und Hochschulforschung.

Dabei wird zunächst aufgezeigt, daß eine Expansion der Schulbildung sich bis heute fortgesetzt hat. Die zentrale Frage der Analyse ist, ob sich die Entwicklung des Schulbesuchs entsprechend auf der nächsten Stufe der Berufsausbildung bzw. der Hochschulausbildung fortsetzt. Ist also die Entwicklung von Hochschul- und Berufsausbildung in Struktur und Quantität stark von der Nachfrage nach weiterführenden Schulen geprägt? Oder führt die verbreitete Annahme, die Qualifikationsanforderungen im Beschäftigungssystem hätten sich weniger verändert als der Schulbesuch, dazu, daß Berufsausbildung und Hochschulbesuch sich weniger verschieben und somit Veränderungen in der Beziehung von Schulbesuch und Berufs- bzw. Hochschulbildung auftreten?

Die Analyse stützt sich lediglich auf vorliegende statistische Veröffentlichungen und Analysen. Sie beruht nicht auf neuen Daten, noch kann sie für sich in Anspruch nehmen, die vorliegenden Daten genau auf ihre Grundlagen zu prüfen. Gefragt wird lediglich: Welche Veränderungen in den Bildungsinstitutionen, in der quantitativen Entwicklung des Besuchs von Bildungsinstitutionen und in den Übergängen kann man den üblicherweise zugänglichen Übersichten entnehmen, um den Wandel der Bildungs- und Qualifizierungschancen von Jugendlichen in den letzten 10-15 Jahren zu ermitteln?

2. Quantitative und strukturelle Entwicklung des allgemeinbildenden Schulwesens

Das Schulwesen in der Bundesrepublik Deutschland ist seit langem von einer *Expansion der weiterführenden Bildung* gekennzeichnet:

- 1960 besuchten noch 73% der 13jährigen Schüler Haupt- bzw. Sonderschulen; dieser Anteil sank auf 60% im Jahre 1970 und schließlich auf 44% im Jahre 1980. Ein weiterer Rückgang wird erwartet.
- Am deutlichsten gestiegen ist der Realschulbesuch: 1960 besuchten 11% der 13jährigen Schüler diesen Schultypus; 1970 waren es 19% und 1980 schließlich 25%.
- Auch der Schulbesuch an Gymnasien nahm sehr deutlich zu: 1960 besuchten 15% der 13jährigen Schüler ein Gymnasium, 1970 waren es 21% und 1980 27%.
- Hinzu kommen 1980 4% Besucher von Gesamtschulen, die von der Schulstruktur her zumindest die Chance zu weiterführenden Schulabschlüssen haben.¹⁾

Bemerkenswert bei diesen statistischen Daten ist, daß die Hauptschule ihre Funktion verloren hat, die Schulausbildung für die Mehrheit der Bevölkerung zu bieten. Angesichts mancher Erfahrungen der Schüler unter diesen Bedingungen wurde die Hauptschule zuweilen als „Rest“-Schule charakterisiert. Umgekehrt überrascht zunächst an diesen Daten – insbesondere angesichts der starken Betonung des Ausbaus von Gymnasien in den 60er Jahren –, daß der Realschulbesuch am stärksten expandierte.

¹⁾ Bundesministerium für Bildung und Wissenschaft, Grund- und Strukturdaten 1983/84, Bonn 1983, S. 36 f.; siehe auch Arbeitsgruppe am Max-Planck-Institut für Bildungsforschung, Das Bildungswesen in der Bundesrepublik Deutschland, Reinbek b. Hamburg 1984.

²⁾ Arbeitsgruppe am Max-Planck-Institut für Bildungsforschung, a. a. O., S. 81.

³⁾ Die genannten Zahlen sind entnommen aus Bundesminister für Bildung und Wissenschaft, Grund- und Strukturdaten 1983/84, a. a. O., S. 60 f.

Ferner ist zu erwähnen, daß an der Expansion weiterführender Bildung im Rahmen des allgemeinbildenden Schulwesens insbesondere die *Mädchen* partizipierten. Die Besuchsquote von Gymnasien betrug bei den Jungen 17% im Jahre 1960 und stieg auf 26% im Jahre 1980. Bei den Mädchen lag 1960 die Quote mit 13% deutlich niedriger. Im Laufe der 70er Jahre überstieg sie die der Jungen; 1980 betrug sie 28%. Dagegen waren die Veränderungen in der *sozialen Herkunft* gering. Der Anteil der 13jährigen aus Arbeiterfamilien, die ein Gymnasium, eine Realschule oder eine Gesamtschule besuchten, stieg von 24% im Jahre 1972 auf 38% im Jahre 1980; in diesem Zeitraum stieg insgesamt die Quote der 13jährigen Schüler, die weiterführende Schulen besuchten, von 40 auf 54%.²⁾

Betrachtet man die Entwicklung der *Schulabschlüsse*, so zeigt sich ebenfalls, daß weiterführende Schulbildung allmählich zum Regelfall wird:

- Ohne einen Hauptschulabschluß – das heißt nach Wiederholung von Schulklassen bzw. nach Besuch von Sonderschulen – schlossen 1965 noch 17% der Jugendlichen die „Vollzeitschulpflicht“ ab. Insbesondere in der ersten Hälfte der 70er Jahre sank dieser Anteil deutlich; er betrug im Jahre 1980 nur noch 11%.
- Der Anteil der Jugendlichen, die den Schulbesuch mit einem Hauptschulabschluß abschlossen, betrug 1965 noch 53%; er sank in der zweiten Hälfte der 60er Jahre recht schnell auf 43% und schließlich bis 1980 auf 38%.

Faßt man beide Gruppen von Schulabgängern zusammen, so ergibt sich, daß 1965 noch 71% die Schule ohne weiterführenden Schulbesuch verlassen hatten; im Jahre 1980 sank die Quote erstmals unter die Hälfte der Jugendlichen – auf 48%.

Entsprechend stieg der Anteil der Jugendlichen mit weiterführenden Bildungsabschlüssen an:

- Der Anteil der Schulabgänger mit Realschulabschluß im Rahmen allgemeinbildender Schulen – an Realschulen, Gymnasien usw. – betrug 12% im Jahre 1965 und stieg auf 32% im Jahre 1980.
- Der Anteil der Abiturienten an allgemeinbildenden Schulen an dem entsprechenden Altersjahrgang stieg von 7% im Jahre 1965 über 10% im Jahre 1970 auf 16% im Jahre 1980.

Nimmt man die verschiedenen Formen von Realschulreife, die über berufliche Schulen erworben werden, sowie Hochschul- und Fachhochschulreife und deren verschiedene Wege, solche Abschlüsse zu erlangen, hinzu – diese zusätzlichen Wege sind später noch zu behandeln –, so zeigt sich eine noch stärkere Erweiterung: Die Quote der Schulabgänger mit Realschulabschluß betrug 1970 noch 25%, 1980 dagegen 41%. Die Quote der Abgänger mit Hochschul- bzw. Fachhochschulreife, die 1970 nur 11% ausgemacht hatte, erreichte innerhalb von drei Jahren 18% und betrug nach mehrjähriger Stagnation schließlich 22% im Jahre 1980.³⁾

Dabei ist schon jetzt aufgrund des Übergangsverhaltens zu den Sekundärschulen *in Zukunft eine weitere deutliche Steigerung* der Schulabgänger aus weiterführenden Schulen abzusehen. Die Kultusministerkonferenz prognostizierte 1982 ein Ansteigen der Abgänger mit Realschulabschluß von 41% im Jahre 1980 auf 57% im Jahre 1988 und bei den Schulabgängern mit Hochschul- und Fachhochschulreife eine Zunahme von 22% im Jahre 1980 auf 38% im Jahre 1990. Die gestiegene Arbeitslosigkeit, der im Verhältnis zur

Verteilung der Sekundarabschlüsse weitaus langsamere Wandel der Berufsstruktur und die Veränderung der bildungspolitischen Stimmung in Richtung einer gewachsenen Kritik an der Expansion der weiterführenden Bildung haben keineswegs zu einer Veränderung im Trend der Bildungswahlentscheidungen nach Abschluß der Primarschule geführt: Der Andrang zu weiterführenden Sekundärschulen ist relativ stetig gewachsen.

Die Kultusministerkonferenz nimmt allerdings in ihren Prognosen an, daß in den 90er Jahren sich dieser Trend nicht nur nicht fortsetzt, sondern die Quoten der Jugendlichen, die eine weiterführende Bildung abschließen, sogar zurückgehen werden.⁴⁾ Bisher sind jedoch keinerlei Anzeichen für eine solche Trendveränderung zu sehen.

Sieht man den Sekundarschulbesuch in der Bundesrepublik Deutschland im internationalen Vergleich, so erscheinen die Besuchsquoten auch nach der Expansion der letzten Jahrzehnte als relativ gering. Nach einer Übersicht zu 14 Ländern der OECD erwarben um 1980 in mehr als vier Ländern mehr als die Hälfte der Jugendlichen einen Sekundarschulabschluß, der zum Hochschulzugang qualifiziert: als höchste Quote ist Japan mit 87% genannt; als durchschnittliche Quote 42%. Die Bundesrepublik Deutschland erscheint in dieser Liste mit 22% an vorletzter Stelle; allerdings ist die Quote nicht wesentlich geringer als in Frankreich (25% im Jahre 1978) und Großbritannien (27% im Jahre 1977).

Als Schulbesuchsquote insgesamt unter den 17jährigen gibt derselbe Bericht für die Bundesrepublik Deutschland 39% an; dies ist der dritt-niedrigste Wert unter 15 behandelten Ländern, bei denen die Quote im Mittelwert 62% beträgt. Berücksichtigt man allerdings die Ausbildung im dualen System ergänzend, so gehört die Bundesrepublik Deutschland zu den wenigen Ländern, bei denen fast alle 17jährigen an irgendeiner schulischen bzw. beruflichen Bildung teilnehmen.⁵⁾

Traditionell verstand man in der Bundesrepublik die *vorberufliche Bildung als ein Drei-Stufen-System*: Auf eine gemeinsame Primarausbildung für alle Kinder folgte ein dreigliedriges allgemeines Schulwesen. Als dritte Stufe erfolgte eine berufsvorbereitende Ausbildung, die jeweils an die verschiedenen Typen der allgemeinbildenden Schulausbildung anschloß:

- das Hochschulstudium im Anschluß an den erfolgreichen Abschluß des Gymnasiums,
- verschiedene Arten von Fachschulen bzw. anspruchsvollere Arten der betrieblichen Berufsausbildung im Anschluß an den Realschulbesuch,
- die Berufsausbildung im Betrieb ergänzt durch die Teilzeitberufsschule im Anschluß an den Besuch der Hauptschule.

⁴⁾ Nach Bundesminister für Bildung und Wissenschaft, Grund- und Strukturdaten 1983/84, a. a. O., S. 60 L

⁵⁾ Nach dem noch unveröffentlichten Bericht der OECD, Education Committee, Policies for Post-Compulsory Education and Training, Entwurf von 1984.

⁶⁾ Siehe dazu insbesondere Deutscher Bildungsrat, Strukturplan für das Bildungswesen, Stuttgart 1970; Bund-Länder-Kommission für Bildungsplanung, Bildungsgesamtplan, Stuttgart 1973.

⁷⁾ Siehe die detaillierte Darstellung von Köhler, H., Probleme der Erfassung von Übergängen zwischen den Bildungseinrichtungen und zwischen Bildungs- und Beschäftigungssystem, in: Sommerkorn, I. N., (Hrsg.), Beruflich-soziale Lebensperspektiven von Jugendlichen, München 1981, S. 138 f.

Es gab zwar eine Fülle von Modifikationen gegenüber dieser etwas vereinfachten Darstellung der Struktur des Bildungssystems, wie es bis zu den 60er Jahren existierte; man kann jedoch feststellen, daß sich die Hauptschulen, Realschulen und Gymnasien im Prinzip als eine Zwischenstufe der vorberuflichen Bildung verstanden, die typischerweise auf eine bestimmte Endstufe hinführten, und daß umgekehrt die darauf folgenden Stufen als abschließende vorberufliche Vorbereitung auf den Beruf galten.

Reformvorschläge um 1970 sahen drei grundlegende Veränderungen vor:

- Das Ausbildungsniveau derjenigen Jugendlichen, die die vorberufliche Ausbildung auf der „unteren“ Ebene – der Berufsausbildung im dualen System – abschließen, sollte gesteigert werden.

- Die Abgrenzung zwischen allgemeinbildender und berufsorientierter Ausbildung sollte nicht mehr so hart wie in der Vergangenheit gezogen werden, um einerseits bessere Grundlegung der Berufsausbildung durch die allgemeinbildende Stufe zu erreichen und auf der anderen Seite enge berufliche Spezialisierungen, die langfristig zu Sackgassen werden könnten, zu vermeiden.

- Das ganze Bildungssystem sollte eine frühzeitige Kanalisierung der Jugendlichen in Richtung bestimmter Ausbildungsabschlüsse vermeiden und statt dessen eine Durchlässigkeit der Bildungswege bieten.⁶⁾

Die Verwirklichung dieser Konzepte hätte bedeutet, die traditionelle Dreigliedrigkeit der Sekundär- und Berufsausbildung aufzugeben. Ein Gesamtschulsystem als Regelsystem hätte dazu geführt, daß Schultypen im Bereich der Sekundarstufe I durch individuelle Profile aufgrund von Kurswahlen ersetzt worden wären und daß in der Sekundarstufe II die klare Abgrenzung von allgemeinbildender Zwischenstufe und berufsorientierter Abschlußstufe der vorberuflichen Bildung aufgehoben worden wäre; zugleich wäre der Übergang von einer berufsorientierten Sekundarschulbildung zur Hochschulbildung durch ein solches System erleichtert worden.

Tatsächlich *blieb jedoch eine Gesamtschulstruktur die Ausnahme*: 1982 gab es nur 285 Gesamtschulen mit 226 000 Schülern, während 5,6 Mio. Jugendliche andere allgemeinbildende Sekundärschulen und 2,7 Mio. berufliche Schulen besuchten.

Das bedeutet jedoch nicht, daß die Dreigliedrigkeit der allgemeinbildenden Schulen und die Gliederung der vorberuflichen Berufsausbildung sowie die Beziehung dieser beiden Stufen mehr oder weniger unverändert fortbestand. Ohne die im Detail kaum zu beschreibende Vielfalt von Institutionen und Übergängen im einzelnen darstellen zu wollen⁷⁾, sind vor allem – abgesehen von den Gesamtschulen

- folgende *Relativierungen der früheren Dreigliedrigkeit* zu nennen:

- Im fünften und sechsten Schuljahr wird mit der Orientierungsstufe entweder die Möglichkeit geboten, die Wahl des Sekundarschulzweiges bis zum Abschluß des sechsten Schuljahres offenzulassen und die nach Abschluß des vierten Schuljahres getroffene Wahl relativ leicht zu korrigieren.

- Zugenommen haben die Möglichkeiten, zugleich mit einer berufsorientierten Ausbildung einen Abschluß zu erwerben, der einem weiterführenden allgemeinbildenden Schulbesuch in der Zugangsberechtigung zu höheren Stufen

der Berufsausbildung gleichgestellt ist. So stieg der Anteil der Jugendlichen, die die „mittlere Reife“ an beruflichen Schulen erwerben, von 7% im Jahre 1970 auf 9% im Jahre 1980. Im gleichen Zeitraum wuchs der Anteil der Jugendlichen, die über dem Wege einer beruflichen Schulbildung eine Studienberechtigung erwerben, von 1% auf 8%.

Allerdings ist der größte Teil der letztgenannten Veränderung auf die Einrichtung von Fachoberschulen zurückzuführen, an denen 1980 etwa 6% der Jugendlichen ihre Sekundarschulbildung abschlossen. Als die früheren Ingenieurschulen und Höheren Fachschulen 1971 zu Fachhochschulen aufgewertet wurden und der frühere Zugangsweg über berufliche Erfahrungen und Zulassungsprüfungen durch eine 12klassige schulische Ausbildung ersetzt wurde, entstanden in den meisten Bundesländern Fachoberschulen als eine Vorbereitungsstufe für das Fachhochschulstudium, nicht jedoch als eine Institution, die zugleich eine bedeutende Rolle für unmittelbare Berufsvorbereitung spielen soll.

Neben solchen strukturellen Maßnahmen kann sich die Dreigliedrigkeit de facto dadurch ändern, daß die Menge der Ausbildungsplätze in der dritten – der unmittelbar berufsvorbereitenden – Bildungsstufe sich nicht proportional zur Menge der entsprechenden Bildungsabschlüsse auf der zweiten Stufe entwickelt und daß die Wahlentscheidungen der Jugendlichen sich nach Abschluß der zweiten Stufe verändern. Wieweit solche Prozesse die dreigliedrige Struktur relativieren, soll später behandelt werden.

3. Entwicklung des Beschäftigungssystems und der Qualifikationsstruktur

Die Entwicklung der vorberuflichen Ausbildung in der Bundesrepublik Deutschland – der Ausbildung im dualen System, an den Berufs- und Fachschulen sowie an Hochschulen – wurde zweifellos von der Expansion des weiterführenden Schulbesuchs beeinflusst. Es war als Folge dieser Expansion zu erwarten, daß die Hochschulausbildung und die Fachschulausbildung expandierte, während die berufliche Ausbildung im dualen System sowie die Berufsaufnahme ohne Berufsausbildung zurückgehen würde.

Allerdings herrschte unter Bildungsexperten zu keinem Zeitpunkt in den letzten zwei Jahrzehnten die Vorstellung vor, daß sich die Ausweitung des Besuchs von Realschulen, Gesamtschulen und verschiedenen Vollzeitschulen der Sekundarstufe II linear in eine entsprechende Ausweitung der Hochschul- und Fachschulausbildung umsetzen würde.

Zum einen war es – wie der internationale Vergleich zeigt – für Länder, die eine Durchlässigkeit des Sekundarschulwesens verwirklicht hatten, eine Selbstverständlichkeit, daß ein größerer Teil von Sekundarschulabsolventen, die formal die Vorbedingung für einen Hochschulbesuch erfüllten, tatsächlich nicht zu Hochschulen übergang. Eine solche Annahme ging auch in die Schätzungen des Bildungsrates und des Wissenschaftsrates von 1970 sowie des Bildungsgesamtplans von 1972 ein.

Zum anderen wurde um 1970 angenommen, daß sich die Qualifikationsanforderungen des Beschäftigungssystems nicht in einem solchen Tempo verändern würden, wie sich die Strukturen und Quantitäten im Bildungssystem verschoben. Von daher war zu erwarten, daß seitens des Beschäftigungssystems ein Druck auf den Bereich der vorberuflichen Ausbildung ausginge, nicht in dem gleichen Maße sich quantitativ zu verändern wie der allgemeinbildende Sekundarschulbereich. Natürlich kann man gegen eine solche Aussage die These setzen, daß sich die vorberufliche Ausbildung analog der allgemeinbildenden Sekundarschulbildung hätte ändern und dann die Beziehung von vorberuflichem Bildungsabschluß und Beruf erheblich hätte beeinträchtigen können; angesichts der traditionellen engen Zuordnung von Ausbildung und Beruf konnte man allerdings keineswegs vermuten, daß die Anpassung der unterschiedlichen Veränderungsgeschwindigkeiten von Sekundarschulausbildung und Berufsstruktur allein bei der Nahtstelle des Übergangs von der vorberuflichen Bildung zur (vollen) Berufstätigkeit erfolgt.

Bevor die Veränderungen der vorberuflichen Ausbildung und deren Beziehungen zur allgemeinbildenden Sekundarschulausbildung näher behandelt werden, sollen daher die Entwicklung des Beschäftigungssystems und die Interpretationen von Qualifikationsanforderungen sowie deren Rückwirkungen auf das Bildungssystem dargestellt werden.

Im Jahre 1970 zeigte sich – wenn wir uns zunächst auf die Ausbildungsebene beschränken – folgende *Qualifikationsstruktur der Arbeitskräfte*:

- 5,7% hatten ein Studium an einer Hochschule beziehungsweise an einer Vorgängerinstitution von Fachhochschulen abgeschlossen;
- 12,4% wiesen eine Ausbildung an einer Berufsfach-, Fach- oder Technikerschule nach;
- 43,5% hatten eine betriebliche Ausbildung abgeschlossen;
- 40,7% hatten keine oder nur eine unvollständige Ausbildung (einschließlich „Sonstiger“).⁸⁾

Über die *Qualifikationsstruktur der Berufsanfänger* gibt es keine genauen statistischen Unterlagen. Man kann jedoch schätzen, daß 1970

- 12–14% ein Hochschul- bzw. Fachhochschulstudium abgeschlossen hatten,⁹⁾
- mehr als die Hälfte eine Berufsausbildung im dualen System beendet hatten,¹⁰⁾
- nur ungefähr 10% die Berufstätigkeit ohne berufliche Ausbildung bzw. ohne Besuch einer weiterführenden Bildungsinstitution begannen.¹¹⁾

Wenn man auf dieser Datenbasis um 1970 annahm, daß die Qualifikationsstruktur der Erwerbstätigen nicht erheblich vom „Bedarf“ des Beschäftigungssystems abwich, so lag es nahe, bei Fortsetzung der Bildungsentwicklungen der Ver-

⁸⁾ Nach Tessaring, M., Die Bilanzierung von Angebot und Bedarf an hochqualifizierten Arbeitskräften, in: Mertens, D., (Hrsg.), Konzepte der Arbeitsmarkt- und Berufsforschung, BeitrAB 70, Nürnberg 1982, S. 621; siehe auch Bund-Länder-Kommission für Bildungsplanung und Forschungsförderung, Strukturprobleme zwischen Bildungs- und Beschäftigungssystem und ihre Konsequenzen für die Bildungsplanung, Bonn 1983, Vervielf. Manuskript, S. 41.

⁹⁾ Vgl. die Daten über „Zugänge aus schulischer Ausbildung“ in Reyher, L., H.-U. Bach, Arbeitskräftegesamtrechnung, in: Mertens, D., (Hrsg.), Konzepte der Arbeitsmarkt- und Berufsforschung, BeitrAB 70, Nürnberg 1982, S. 141; zu den Hochschulabsolventenzahlen und deren Relation zur Zahl der Berufsanfänger siehe Teichler, U., „Öffnung der Hochschulen“ – auch eine Politik für die 80er Jahre? Bremen, Senator für Wissenschaft und Kunst 1983, S. 81-81.

¹⁰⁾ Siehe Hegelheimer, A., Strukturwandel der Akademikerbeschäftigung, Bielefeld 1984.

¹¹⁾ Vgl. die Angaben zur Quote der Jugendlichen ohne Ausbildungsvertrag, in: Münch, J., Das berufliche Bildungswesen in der Bundesrepublik Deutschland, Luxembourg 1982, S. 200.

gangenheit vor allem ein Überangebot an Hochschulabsolventen und einen Mangel an Ungelernten zu vermuten. „Überqualifikation“ wäre nach einem solchen Maßstab sowohl in einem Zuviel an Hochschulabsolventen als auch an Ausgebildeten insgesamt zu befürchten gewesen.

Tatsächlich konzentrierte sich die Diskussion, ob die Bildungsexpansion zu „Über-“ oder „Fehlqualifikation“ führe, auf die Hochschulabsolventen. Vielfach wurde um 1970 die Gefahr eines „akademischen Proletariats“ beschworen. Die Diskussion war sehr kontrovers: Es gab auch viele Stimmen, die eine große Steigerung der Hochschulabsolventen als Chance zur Stimulierung von wirtschaftlichem Wachstum und gesellschaftlicher Innovation sahen. Insgesamt überwog jedoch im „goldenen Zeitalter“ der Bildungsreformen die Vorstellung, daß die Zahl der Hochschulabsolventen deutlich über den vermuteten „Bedarf“ des Beschäftigungssystems hinausgehe.¹²⁾

Dagegen waren nicht ähnliche Plädoyers zugunsten der Befriedigung eines „Bedarf an Ungelernten“ verbreitet. Eine vertikale Substitution in diesem Bereich – eine Übernahme von Ungelernten- und Angelernten-Positionen durch Facharbeiter – galt als normal. Berechnungen, nach denen eine „Facharbeiter-Lücke“ zu erwarten sei, nahmen diesen Substitutionsprozeß als gegeben hin. Bedarfsprognosen konzentrierten sich eher auf den Bereich hochqualifizierter Arbeitskräfte; eine der wenigen Prognosen, die alle Qualifikationsniveaus einbezog, kam zum Beispiel zu dem Ergebnis, daß um 1990 fast 30% der Berufspositionen Ungelernten-Positionen sein werden, aber kaum 20% der Beschäftigten dann keinen Ausbildungsabschluß haben werden.¹³⁾

Vielmehr entwickelte sich ein weitgehender Konsens, daß möglichst alle Jugendlichen irgendeine Form beruflicher Ausbildung erfahren sollten; berufliche Ausbildung galt selbst dann, wenn die Tätigkeit sie nicht unbedingt voraussetzen schien, als ein Minimum der Vorbereitung auf Beruf und Gesellschaft und als eine Grundqualifikation, sich auf Veränderungen der beruflichen Anforderungen umzustellen. *Während also im Bereich hochqualifizierter Ausbildung dem vermuteten Bedarf des Beschäftigungssystems eine hohe Bedeutung zugemessen wurde, galt am unteren Ende*

der Qualifikation eine Qualifizierung über den vermuteten Bedarf hinaus weitgehend als angemessen.¹⁴⁾

Diese bereits bis 1972 angebaute bildungspolitische Stimmung, die eher eine Bremsung der Hochschulexpansion einerseits und zumindest eine berufliche Bildung im dualen System für fast alle Jugendlichen andererseits befürwortete, konnte im Prinzip eher mit Verstärkung infolge der ökonomischen Probleme rechnen, die seit der Ölkrise im Herbst 1973 auftraten. Tatsächlich setzte sich eine solche Linie nicht durch.

Auf der einen Seite kam es nicht, wie zu Beginn der 70er Jahre angenommen worden war, zu einem Numerus clausus in fast allen Studienfächern. Statt dessen fand 1976/77 eine Politik der „Öffnung der Hochschulen“ breiten Rückhalt. Dafür sind meines Erachtens vor allem vier Gründe zu nennen:

- Der Numerus clausus kam nicht nur wegen seiner Rückwirkungen auf die Schulen und die Jugendlichen unter zunehmende pädagogische Kritik, sondern wurde auch juristisch relativiert: Nach dem Urteil des Bundesverfassungsgerichts war der offene Zugang zum Studium für Abiturienten durch das Grundrecht der Freiheit der Berufswahl geschützt, und Zulassungsbeschränkungen wurden nur unter bestimmten Bedingungen für zulässig erklärt; damit war eine vermeintlich bedarfsorientierte Hochschulplanung allenfalls als untergeordnete Zielsetzung möglich.

- Die seit 1973 als ernstes Problem bestehende Arbeitslosigkeit unterstrich nicht die vielfach zuvor aufgestellte Behauptung, daß die Expansion der Hochschulen aus Arbeitsmarktgründen eingedämmt werden müsse. Setzt man die jeweilige Arbeitslosenquote für Erwerbspersonen mit betrieblicher Ausbildung als 1, so betrug die Arbeitslosenquote von Hochschulabsolventen (ohne Fachhochschulabsolventen) im Vergleich dazu (jeweils Werte für September):

0,9 : 1 im Jahre 1973,
0,5 : 1 im Jahre 1974,
0,5 : 1 im Jahre 1975,
0,6 : 1 im Jahre 1976,
0,7 : 1 im Jahre 1977,
0,7 : 1 im Jahre 1978,
0,8 : 1 im Jahre 1979,
0,9 : 1 im Jahre 1980,
0,8 : 1 im Jahre 1981,
0,7 : 1 im Jahre 1982,
0,8 : 1 im Jahre 1983.¹⁵⁾

Zwar haben die Hochschulabsolventen nicht mehr ein so viel geringeres Arbeitslosigkeitsrisiko im Vergleich zu Facharbeitern wie Mitte der 70er Jahre, aber die Arbeitslosenquote von Hochschulabsolventen hat nicht die der Facharbeiter überholt, wie man das nach der Argumentation des „akademischen Proletariats“ hätte erwarten können.¹⁶⁾

- Das Beschäftigungssystem erwies sich gegenüber dem reichlichen Angebot an Hochschulabsolventen als *weitaus elastischer als erwartet*. Dies läßt sich nicht nur in den 80er Jahren rückblickend vertreten, wenn man die Entwicklung der Beschäftigung von Hochschulabsolventen bis 1980 betrachtet,¹⁷⁾ sondern setzte sich als Erkenntnis im Prinzip bereits Mitte der 70er Jahre durch. Sowohl die Ablösung des Terminus „akademisches Proletariat“ durch den des „Verdrängungswettbewerbs“¹⁸⁾ als auch die Berechnung von Flexibilität im Rahmen von Bedarfsprognosen und Absolven-

¹²⁾ Vgl. dazu Teichler, U., Der Arbeitsmarkt für Hochschulabsolventen, München 1981, S. 47 ff. Zur Bedarfsprognostik siehe Arbeitsgruppen des Instituts für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung und des Max-Planck-Instituts für Bildungsforschung (Hrsg.), Bedarfsprognostische Forschung in der Diskussion, Frankfurt 1976.

¹³⁾ Weissshuhn, G., Beschäftigungschancen und Qualifikation, Frankfurt, New York 1978.

¹⁴⁾ Zu diesem Unterschied der Bedarfsorientierung in der bildungspolitischen Diskussion siehe Teichler, U., Berufsbildungspolitik im Kontext der Arbeitsmarktentwicklung, in: Zeitschrift für Berufs- und Wirtschaftspädagogik, Beiheft 4, 1983, S. 15-23.

¹⁵⁾ Nach amtlichen Nachrichten der Bundesanstalt für Arbeit entsprechend der 1983 von der BA vorgenommenen Berechnungsweise von Arbeitslosenquoten.

¹⁶⁾ Siehe dazu auch die Argumentation von Mertens, D., Qualifikation und Arbeitsmarkt. Akademikerbedarf – Schon wieder eine Trendwende? in: Zeitschrift für Hochschuldidaktik, 3. Jg., 1979, S. 340-362.

¹⁷⁾ Siehe Kemmet, C., H. Linke, R. Wolf, Studium und Berufschancen, Herford 1982; Tessaring, M., Akademikerbedarf im Wandel, in: Widmayer, H.-P. (Hrsg.), Das Arbeitskräfteangebot zwischen Markt und Plan, Berlin 1983, S. 251-280; Hegelsheimer, A., Strukturwandel der Akademikerbeschäftigung, a. a. O.; Teichler, U., B. C. Sanyal, Higher Education and the Labour Market, in: Avakov, R., u. a. (Hrsg.), Higher Education and Employment in the USSR and the Federal Republic of Germany, Paris, Unesco, International Institute for Educational Planning 1984, S. 89-184.

¹⁸⁾ Siehe dazu Teichler, U., Der Wandel der Beziehungen von Bildungs- und Beschäftigungssystem und die Entwicklung der beruflich-sozialen Lebensperspektiven Jugendlicher, in: Sommerkorn, I. N. (Hrsg.), Beruflich-soziale Lebensperspektiven von Jugendlichen, München 1981, S. 65 ff.

tenstudien¹⁹⁾ Mitte der 70er Jahre belegen einen solchen Erkenntnisprozeß.

- Mitte der 70er Jahre stellte man fest, daß aus *demographischen Gründen* die Ausbildungsnachfrage mindestens bis 1985 in einem hohen Maße zunehmen werde. Nur wenn eine „Öffnung“ aller Ausbildungsbereiche erreicht werde, könne eine große intergenerative Chancenbeteiligung für die geburtenstarken Jahrgänge vermieden werden.²⁰⁾

Diese verschiedenen Überlegungen trugen dazu bei, daß 1976/77 alle großen Parteien und Interessengruppen einer Politik der „Öffnung der Hochschulen“ zustimmten, die für einen Zeitraum von über einem Jahrzehnt für die Hochschulen eine höhere Belastung mit Studentenzahlen vorsah.²¹⁾

Auf der anderen Seite stieß die Politik, eine berufliche Ausbildung für möglichst alle Jugendlichen vorzusehen, auf wachsende Schwierigkeiten – wie später noch behandelt wird. Denn einerseits wuchs insbesondere wegen der geburtenstarken Jahrgänge die Nachfrage nach betrieblicher Ausbildung; andererseits erschwerten wirtschaftliche Probleme die Bereitstellung von Ausbildungsplätzen.

Nach dem Bonner Regierungswechsel 1982 versuchte zwar die neue Bundesregierung zunächst, die Politik einer Entmutigung des Hochschulbesuchs einerseits und der Ausweitung der beruflichen Bildung andererseits zu verstärken. Angesichts der hohen Arbeitslosigkeit generell, die Absichten einer Verkürzung der Ausbildungsdauer in Frage stellt, ferner einer wachsenden Facharbeiterarbeitslosigkeit und schließlich der Schwierigkeiten bei der Bereitstellung einer ausreichenden Zahl betrieblicher Ausbildungsplätze kann es nicht überraschen, daß diese Absichten sehr bald relativiert wurden.

Als Fazit der Entwicklung der Beziehungen von Bildungs- und Beschäftigungssystem²²⁾ und der vorherrschenden Interpretationen und Politiken läßt sich also feststellen, daß sich nicht eine bestimmte, immer wieder hervortretende Linie für die Gestaltung der vorberuflichen Bildung durchsetzte. Es kam nicht zu einer weitgehend konsistenten Politik oder einer konsistenten Entwicklung, einerseits die Hochschulexpansion einzudämmen und andererseits die berufliche Bildung im dualen System allmählich zur Mindestausbildung zu machen. Die quantitative Entwicklung der Berufsausbildung im dualen System, der Fachschul- und der Hochschulausbildung vollzog sich faktisch als ein Kompromiß zwischen der starken Expansion der weiterführenden Schulbildung auf der einen Seite und dem langsameren Wandel der Berufsstruktur auf der anderen Seite, ohne daß bestimmte

Politiken diese Entwicklung relativ konsistent bestimmt hätten. Tatsächlich stieg in diesem Prozeß der Anteil der Hochschulabsolventen unter den Erwerbstätigen von 1970 bis 1980 von 5,7% auf 8,7% an, während sich der Anteil der Ungelernten von über 40% auf 30% verringerte.²³⁾

4. Entwicklung der vorberuflichen Ausbildung

Die vorberufliche Ausbildung in der Bundesrepublik Deutschland hatte zu Beginn der 70er Jahre durch die Aufwertung der Ingenieurschulen und höheren Fachschulen zu Fachhochschulen eine deutliche strukturelle Veränderung erfahren. Dies gilt zum einen für die *Struktur des Hochschulwesens*. In den 50er und 60er Jahren waren allmählich unterschiedliche Spezialhochschulen, die nicht gleichrangig zu den Universitäten gewesen waren (so insbesondere technische und pädagogische Hochschulen), in den Universitätsbereich einbezogen worden. Mit der Etablierung der Fachhochschulen trat – ähnlich wie in vielen anderen Ländern – ein neuer nicht-universitärer Sektor des Hochschulwesens hinzu. Die um 1970 verbreitete Konzeption, diese beiden Sektoren organisatorisch oder auch curricular zu Gesamthochschulen zu verbinden, setzte sich nicht als Regel, sondern als ergänzende Struktur in einigen Bundesländern durch.²⁴⁾

Der *Anteil der Studienanfänger* an der entsprechenden Altersgruppe hatte – wenn man die Vorgängerinstitutionen der Fachhochschulen mitrechnet – von 8,7% im Jahre 1960 auf 14,8% im Jahre 1970 zugenommen.²⁵⁾ Bis 1973 ergab sich ein weiterer Anstieg auf etwa 20%; nach einigen Jahren stagnierender Quoten um 18-19% erreichte die Studienanfängerquote schließlich 21,6% im Jahre 1982.

Dabei stieg der *Anteil der Besucher von Fachhochschulen* unter allen Studienanfängern nur von 25% bei Gründung 1971 auf 30% im Jahre 1982 an – ein sehr geringer Anstieg, wenn man die Erwartungen im Hinblick auf den Ausbau dieses Bereiches bei dessen Etablierung sowie auch die Tatsache bedenkt, daß der Anstieg von 5% ausschließlich der Ende der 70er Jahre erfolgten Aufwertung der Ausbildung für den gehobenen öffentlichen Dienst zu Verwaltungsfachhochschulen zuzuschreiben ist.

Zum anderen hatte die Aufwertung der Ingenieurschulen und höheren Fachschulen weitreichende Folgen für die vorberufliche Bildung außerhalb des Hochschulwesens. An die Stelle des früheren Zugangs über berufliche Erfahrung und selektive Eingangsprüfungen trat ein schulischer Weg: Die meisten Bundesländer richteten *Fachoberschulen* ein, die im Anschluß an den Realschulbesuch eine zumeist zweijährige Ausbildung anbieten. Diese wird in der Bildungsstatistik als „berufliche Schule“ geführt: tatsächlich hat sie jedoch primär eine studienvorbereitende und allenfalls sekundär eine unmittelbar berufsvorbereitende Funktion. Die Gesamtzahl der Schüler in der 12. Klasse, die Fachoberschulen besuchen, erreichte 1982 64 000, das entspricht 6,5% des Altersjahrganges der 17-18jährigen.

Die *berufliche Bildung im dualen System* – betriebliche Bildung verbunden mit dem Besuch der Teilzeitberufsschule – blieb die quantitativ bedeutsamste Form der beruflichen Bildung in der Bundesrepublik Deutschland. Durch Aufhebung der früheren Grenzziehung zwischen Anlernausbildung und Lehre wurde sie zur Ausbildung für die Mehrheit der Jugendlichen. 1960 waren 60% der Jugendlichen im Alter von 16 bis unter 18 Jahren Berufsschüler mit Ausbildungsvertrag; diese Quote betrug 57% im Jahre 1970, 50%

¹⁹⁾ Siehe Mertens, D., M. Kaiser (Hrsg.), *Berufliche Flexibilitätsforschung in der Diskussion*, BeitrAB 30 – BeitrAB 30(3), Nürnberg 1978.

²⁰⁾ Stifterverband für die Deutsche Wissenschaft (Hrsg.), *Schülerberg und Ausbildung*, Stuttgart 1976.

²¹⁾ Siehe dazu Teichler, U., „Öffnung der Hochschulen“ – auch eine Politik der 80er Jahre? a. a. O.

²²⁾ Siehe dazu Hegelsheimer, A., *Probleme in der Abstimmung von Bildungs- und Beschäftigungssystem*, in: Teufel, E., (Hrsg.), *Bildung und Bedarf*, Stuttgart 1983, Schriftenreihe der CDU-Fraktion im Landtag von Baden-Württemberg, Bd. VI, S. 59-77.

²³⁾ Vgl. Tessaring, M., *Akademikerbeschäftigung im Wandel*, a. a. O., S. 262 f.

²⁴⁾ Zur Struktur des Hochschulwesens siehe Teichler, U., *Zum Funktionswandel der Hochschulen im Zuge ihrer Expansion*, in: *Pädagogik und Schule in Ost und West*, 32. Jg., H. 1, S. 4-12.

²⁵⁾ Siehe dazu Wissenschaftsrat, *Zur Lage der Hochschulen Anfang der 80er Jahre*, Textteil, Köln 1983, S. 11 ff.; siehe auch Buttgerit, M., *Quantitative Entwicklung im Hochschulwesen der Bundesrepublik Deutschland mit besonderer Berücksichtigung des Verbleibs der Hochschulabsolventen*, in: *Hochschulexpansion und Arbeitsmarkt*, BeitrAB 77, Nürnberg 1983, S. 207-234.

im Jahre 1975 und schließlich 52% im Jahre 1982. Da die Ausbildungs- und Berufsschulzeit in vielen Fällen kürzer als 3 Jahre ist, ist der Anteil der Jugendlichen, die auf diese Weise ihre berufliche Qualifikation erwerben, noch etwas höher zu veranschlagen.²⁶⁾

An Gewicht gewonnen haben in dem hier untersuchten Zeitraum „berufliche Vollzeitschulen“, die eine Qualifizierung für eine berufliche Tätigkeit vorsehen.²⁷⁾ Die Gesamtzahl der Schüler an *Berufsfachschulen* stieg von 140 000 im Jahre 1960 auf 205 000 im Jahre 1970, 270 000 im Jahre 1975 und schließlich 397 000 im Jahre 1982. Ihr Stellenwert im Vergleich zur beruflichen Ausbildung im dualen System läßt sich verdeutlichen, wenn man die Relation der Schüler von Berufsfachschulen zur Zahl der Berufsschüler mit Ausbildungsvertrag berechnet: Sie betrug etwa

- 1 : 9,6 im Jahre 1960,
- 1 : 6,6 im Jahre 1970,
- 1 : 5,1 im Jahre 1975,
- 1 : 4,2 im Jahre 1982.

Einige Fachrichtungen der Berufsfachschulen gelten als gleichwertig zur Ausbildung im dualen System, was die schulische Vorbildung und die Beschäftigungsperspektiven angeht. Die Diskussion um die Vorzüge und Nachteile der beiden Modelle geht um inhaltliche Akzentsetzungen der Qualifizierung, nicht um die Ausbildungsebene.²⁸⁾ Ein großer Teil der Besucher von Berufsfachschulen erwerben zugleich eine dem Realschulabschluß gleichgestellte schulische Qualifikation.

Hinzu kommen *Fachschulen*; sie sehen in der Regel die Absolvierung einer beruflichen Ausbildung oder einen Realschulabschluß bereits als Zugangsvoraussetzung vor und bieten häufig eine zweijährige Ausbildung an. Die Zahl ihrer Schüler stieg zunächst von 1960 bis 1970 nur wenig (142 000 bzw. 168 000), dann jedoch deutlich auf 211 000 im Jahre 1975; danach fiel die Zahl der Schüler einige Jahre und erreichte schließlich 207 000 im Jahre 1982. Vergleicht man die Zahl der Fachschüler der ersten Klasse mit der Zahl der bestandenen Abschlußprüfungen von Auszubildenden, entsprach die Relation 1970 etwa 1 : 5, 1975 1 : 4,5, 1982 dagegen nur noch 1 : 6.

Eine Aufgliederung der beruflichen Ausbildung gab es darüber hinaus in den 70er Jahren dadurch, daß eine Reihe kürzerer berufsbildender Programme entstand, die entweder auf eine volle Berufsausbildung nur vorbereiten oder auf sie angerechnet werden können, aber in keinem Falle als volle Berufsausbildung verstanden werden; in vielen Fällen bleibt

sie dabei die abschließende Berufsvorbereitung. Dazu gehören das *Berufsbildungsgrundjahr*, das *Berufsvorbereitungsjahr* und die *berufsvorbereitenden Maßnahmen* der Bundesanstalt für Arbeit. Die Teilnehmerzahl an diesen unvollständigen Ausbildungsprogrammen stieg in den letzten Jahren erheblich an. Sie betrug 1976 insgesamt 80 000, 1982 dagegen 165 000.³⁰⁾

Welchen Stellenwert diese unvollständigen Ausbildungen in den letzten Jahren gewonnen haben, läßt sich im Vergleich zu den neu abgeschlossenen Ausbildungsverträgen und den Schülern des ersten Jahrganges der Berufsfachschulen auf der einen Seite und den Berufsschülern ohne Ausbildungsvertrag auf der anderen Seite ermesen. Dabei ergab sich

	1976	1979	1982
Berufsfachschule, 1. Jahr	20%	22%	24%
Ausbildungsvertrag, 1. Jahr	58%	57%	53%
BGJ, BVJ, berufsvorb. Maßnahmen	10%	14%	18%
Berufsschüler ohne Ausb.-Vertrag	<u>12%</u>	<u>7%</u>	<u>5%</u>
	100%	100%	100%

Nach diesen Daten kann man also schätzen, daß von den Jugendlichen, die keine weiterführenden Bildungsinstitutionen der Sekundärschulen besuchen, in den letzten Jahren ein größerer Anteil in unvollständige Ausbildungsprogramme übergegangen ist, statt als Jungarbeiter bzw. Arbeitslose die (Teilzeit-) Berufsschule zu besuchen. Die unvollständigen Ausbildungsprogramme scheinen jedoch nicht die berufliche Ausbildung im dualen System oder in Vollzeitschulen zu substituieren.

Schließlich kann man feststellen, daß insgesamt seit 1970 der Anteil der Schüler an beruflichen Schulen zugenommen hat, die mit einer beruflichen Qualifizierung zugleich einen weiterführenden Schulabschluß erwerben, etwa die „mittlere Reife“ an Berufsaufbau- und Berufsfachschulen, oder die allgemeine Hochschulreife, fachgebundene Hochschulreife oder Fachhochschulreife über berufliche Gymnasien, Fachgymnasien o. ä., Fachoberschulen, Fachschulen usw. Dabei ist allerdings festzustellen, daß der Anteil der Jugendlichen, die über berufliche Schulen eine mittlere Reife erwerben, seit Mitte der 70er Jahre stagniert, während gleichzeitig der Anteil der Jugendlichen, die an allgemeinbildenden Schulen die mittlere Reife erwerben, stark anstieg.³²⁾

	1970	1976	1982
Abgänger allgemeinbildender Schulen mit Realschulabschluß in Prozent der 15jährigen Wohnbevölkerung	17,8%	24,2%	34,1%
Abgänger beruflicher Schulen mit mittlerer Reife in Prozent der 15jährigen Wohnbevölkerung	7,0%	8,9%	8,7%

Der Anteil der Jugendlichen, die die Hochschul- bzw. Fachhochschulreife an beruflichen Schulen erwarben, stieg dagegen nach 1975 weiter an, allerdings in langsamerem Tempo als der Anteil der Jugendlichen, die solche Abschlüsse an allgemeinbildenden Schulen erwarben:

²⁶⁾ Nach Bundesminister für Bildung und Wissenschaft, Grund- und Strukturdaten 1983/84, a. a. O., S. 49.

²⁷⁾ Zur Übersicht der verschiedenen Schultypen siehe Grüner, G., Die beruflichen Vollzeitschulen – eine Alternative zum dualen System, in: Zeitschrift für Berufs- und Wirtschaftspädagogik, Beiheft 4, 1983, S. 123-133.

²⁸⁾ Nach Bundesminister für Bildung und Wissenschaft, Grund- und Strukturdaten 1983/84, a. a. O., S. 25 und 48.

²⁹⁾ Lipsmeier, A., Möglichkeiten und Grenzen einer vollschulischen Berufsausbildung, in: Gewerkschaftliche Bildungspolitik, Nr. 3/84, S. 75-82.

³⁰⁾ Bundesminister für Bildung und Wissenschaft, Berufsbildungsbericht 1984, S. 62.

³¹⁾ Errechnet nach den Berufsbildungsberichten 1977, 1981 und 1984 des Bundesministeriums für Bildung und Wissenschaft. Als Anteil der Berufsschüler eines Jahres ohne Ausbildungsvertrag wurden hier 40% aller Berufsschüler ohne Ausbildungsvertrag eingesetzt.

³²⁾ Errechnet nach Bundesminister für Bildung und Wissenschaft, Grund- und Strukturdaten 1983/84, a. a. O., S. 60 f.

	1970	1976	1982
Studienberechtigte nach Abschluß allgemeinbildender Schulen in Prozent der 18jährigen Wohnbevölkerung	10,3%	13,0%	18,6%
Studienberechtigte nach Abschluß beruflicher Schulen in Prozent der 18jährigen Wohnbevölkerung	1,0%	6,2%	7,7%

Das bedeutet also, daß insgesamt die Durchlässigkeit zwischen beruflicher Bildung und weiterführenden Bildungswegen zwar zugenommen hat, diese aber quantitativ eine geringere Rolle spielt als die Expansion des allgemeinbildenden, weiterführenden Sekundarschulbesuchs.

5. Veränderungen in der Beziehung von allgemeiner Schulbildung und Berufsausbildung

Wie bereits vorher ausgeführt, könnte man auf der einen Seite die Entwicklung der vorberuflichen Ausbildungsstufe als abhängig von der Entwicklung der allgemeinbildenden Sekundarschulbildung deuten. In diesem Falle würde man annehmen, daß die Übergangsquoten von den jeweiligen allgemeinbildenden Sekundarschulabschlüssen zur vorberuflichen Ausbildungsstufe konstant seien und daß die höheren Ebenen der vorberuflichen Ausbildungsstufe proportional zur Expansion der weiterführenden Schulbildung bzw. zum Abbau des Schulbesuchs ohne Hauptschulabschluß zunähmen. Im Gegensatz zu einer solchen Bildungsnachfrage bestimmten Expansion der vorberuflichen Ausbildungsstufe könnte man annehmen, daß infolge des langsamen Wandels der Berufsstruktur die vorberufliche Ausbildungsstufe langsamer zunähme oder – im Falle einer angenommenen Sättigung des Arbeitsmarktes – sogar stagnieren könnte; in diesem Falle würde für jede Ebene der Berufsausbildung das durchschnittliche Niveau der schulischen Vorbildung steigen; oder umgekehrt: das durchschnittliche Niveau der beruflichen Ausbildung, die einer bestimmten allgemeinbildenden Abschlußebene folgt, würde fallen.

Tatsächlich können wir zunächst eine gewisse Expansion der vorberuflichen Bildungsstufe in dem hier insbesondere beobachteten Zeitraum seit 1970 beobachten. Der Anteil der Studienanfänger stieg von 15% im Jahre 1970 auf 22% im Jahre 1982. Die Relation zwischen Abschluß eines Ausbildungsvertrages bzw. Beginn des Besuches einer Berufsfachschule zur Zahl der Jugendlichen des entsprechenden Jahrganges stieg von 68% im Jahre 1970 auf 82% im Jahre 1982.³³⁾ Selbst wenn man berücksichtigt, daß die Zahl der

Wechsel zwischen den Institutionen und doppelten Qualifikationen zugenommen hat, ist auch hier ein Anstieg erkennbar. Schließlich dürfte sich in diesem Zeitraum der Anteil der Jugendlichen, die einen Berufsschulbesuch ohne Ausbildungsvertrag beginnen, von 9-10% auf etwa 4% verringert haben. Von einer Stagnation der vorberuflichen Bildung kann also nach diesen Daten nicht die Rede sein.

Umgekehrt stieg die vorberufliche Ausbildungsstufe nicht proportional mit den Schulabschlüssen an. So nahm zum Beispiel die Zahl der Studienberechtigten von 1974 bis 1982 um 71% zu, die Zahl der Studienanfänger dagegen nur um 34%. Auch verschiedene Statistiken über die Veränderungen der vorangehenden Schulbildung bei bestimmten beruflichen Ausbildungstypen belegen – wie noch an einigen Beispielen demonstriert wird –, daß die Expansion der Berufsausbildung nicht der der vorangehenden Schulbildung folgt.

Es gibt allerdings kaum Informationen darüber, wie sich der Verbleib von Schulabgängern verschiedener Niveaus im vorberuflichen Ausbildungsbereich im Laufe der Jahre verändert hat. Die Zahl der Jugendlichen mit Hochschulreife, die eine betriebliche Ausbildung aufnehmen, ist in den letzten Jahren gestiegen; allerdings nehmen viele von diesen später ein Studium auf. Nach verschiedenen Modellrechnungen komme ich zu dem Schluß, daß der Anteil der Schulabgänger mit Hauptschulabschluß, die keine vollständige Berufsausbildung (auch nicht im Anschluß an eine unvollständige Berufsqualifizierung) beginnen, von 1976 bis 1982 um über 5% gestiegen sein dürfte. Doch das Datenmaterial über diese Übergangsprozesse ist unbefriedigend.

Für die Steigerung des erforderlichen Schulbildungsniveaus zum Eintritt in die vorberufliche Berufsausbildung gibt es ein paar statistische Hinweise: So sank von 1980 bis 1982 der Anteil der Auszubildenden, die die Hauptschule abgeschlossen hatten, von 53% im Jahre 1980 auf 49% im Jahre 1982; im gleichen Zeitraum ging der Anteil der Schulabgänger mit Hauptschulabschluß der Schulentlassenen der Sekundarstufe I von 51 auf 46% zurück.³⁴⁾ Unter den Berufsfachschülern sank der Anteil, der einen Hauptschulabschluß hatte, von 67% im Jahre 1975³⁵⁾ auf 52% im Jahre 1982; im gleichen Zeitraum verringerte sich nach einer anderen Übersicht der Anteil der Schulabgänger mit Hauptschulabschluß an allen Abgängern der Sekundarstufe I (ohne beruflichen Abschluß) nur von 50 auf 46%.

Dieselbe Tendenz läßt sich zeigen, wenn man auf einzelne Bereiche betrieblicher Ausbildung eingeht: Unter den 1972/73 von der Berufsberatung vermittelten männlichen Ratsuchenden für die Ausbildung zum Kaufmann im Groß- und Einzelhandel waren noch 3% Hauptschüler ohne Abschluß und 46% Hauptschüler mit Abschluß; sechs Jahre später betrug die entsprechenden Anteile nur noch 1% bzw. 25%; der Anteil der Realschulabsolventen stieg in demselben Zeitraum von 32 auf 70%.³⁶⁾ Von den Jugendlichen, die im privaten Bankgewerbe zu Bankkaufleuten ausgebildet werden, hatten 1972 nur 9% die Hochschulreife; der entsprechende Anteil betrug 37% im Jahre 1976 und 47% im Jahre 1980.³⁷⁾

Es wäre meines Ermessens falsch, hier von einem „Verdrängungswettbewerb“ zu sprechen. Viele Untersuchungen zeigen, daß auch bei demselben Schulabschluß bessere Noten die Chancen zum Übergang zu attraktiveren Berufsausbildungsgängen vergrößern; es gibt keinerlei Hinweise dafür, daß sich bei Berücksichtigung feinerer Differenzen von Schulabschluß und Berufsausbildung eine Veränderung in der Beziehung von Schulbildungsrang und vorberuflichem

³³⁾ Eigene Schätzung: Gesamtzahl der abgeschlossenen Ausbildungsverträge plus Zahl der Schüler der ersten Klassen von Berufsschulen in % eines Jahrganges (15- bis 17jährige).

³⁴⁾ Bundesminister für Bildung und Wissenschaft, Berufsbildungsbericht 1984, a. a. O., S. 42.

³⁵⁾ Forschungsgruppe Kammerer, Berufliche Vollzeitschulen und Verringerung der Jugendarbeitslosigkeit – Basisdaten über Berufsfachschulen, in: Max-Planck-Institut für Bildungsforschung, Projektgruppe Bildungsbericht (Hrsg.), Bildung in der Bundesrepublik Deutschland, Reinbek b. Hamburg 1980, S. 1022.

³⁶⁾ Siehe Kabbert, R., Jugendliche zwischen Schule und Beruf, BeitrAB 64, Nürnberg 1982, S. 50.

³⁷⁾ Bundesminister für Bildung und Wissenschaft, Berufsbildungsbericht 1981, Bonn 1981, S. 59.

Ausbildungsrang ergeben hätte. Lediglich steigt das jeweils erforderliche Vorbildungsniveau an.³⁸⁾

Die letztgenannten Daten zeigen überdurchschnittlich große Verschiebungen im Vorbildungsniveau bestimmter beruflicher Ausbildungsbereiche. Insgesamt nehmen die schulischen Vorbildungsvoraussetzungen nicht in dem Umfang der Steigerung des schulischen Abschlußniveaus zu.

6. Fazit

Seit Jahrzehnten beobachten wir in allen industrialisierten Ländern ein Wachstum der kognitiv anspruchsvolleren Bereiche der Sekundärschulen und Berufs- und Fachschulen sowie eine Expansion der Hochschulen. Eine von Jahrzehnt zu Jahrzehnt jeweils deutlich gestiegene Zahl von Jugendlichen schließt die vorberufliche Bildung auf einem höheren formalen Bildungsniveau ab. Dieser Prozeß hat sich auch in der Bundesrepublik Deutschland nach 1970 fortgesetzt; allerdings gab es dabei jeweils auf verschiedenen Stufen einige Zeit lang Stagnationen. So blieb von etwa 1970 bis 1980 der Anteil der Hochschulabsolventen unter den Berufsanfängern konstant; seitdem steigt er deutlich. Umgekehrt setzt sich seit einigen Jahren der Rückgang der Jugendlichen, die in volle Berufstätigkeit ohne vollständige Berufsausbildung eintreten, nicht mehr fort.

Die Bildungschancen der Jugendlichen vergrößerten sich zum Teil im Prozeß der Expansion des akademischen Bildungsbereiches – also der allgemeinbildenden Schulen, die typischerweise auf den Hochschulbesuch zuführen, und der Hochschulen. In dieser Hinsicht hat sich auch in der Bundesrepublik Deutschland eine deutliche Ausweitung ergeben. In den letzten 15 Jahren haben sich sowohl die Quote von Jugendlichen, die eine Studienberechtigung an einer allgemeinbildenden Sekundärschule erwerben, als auch die Quote der Studienanfänger ungefähr verdoppelt.

Zu einem großen Teil stiegen die Bildungschancen der Jugendlichen dadurch, daß der nicht-akademische Bildungsbereich im Vergleich zum akademischen Bildungsbereich aufgewertet wurde und daß eine wachsende Zahl von Jugendlichen Gebrauch von attraktiven nicht-akademischen Bildungsangeboten machte. Drei institutionelle Strategien in dieser Hinsicht konnte man häufig in anderen industrialisierten Gesellschaften beobachten; bei allen drei Strategien kann man feststellen, daß in der Bundesrepublik Deutschland nur kleine Schritte in dieser Richtung unternommen wurden.

Die erste institutionelle Strategie besteht in einer Horizontalisierung der Sekundärschulstruktur: Verschiedene Zweige der Sekundärschulen werden formal – insbesondere auch in der Ermöglichung des Hochschulzugangs – gleichgestellt und zumeist auch organisatorisch sowie zum Teil auch curricular miteinander verbunden. In der Bundesrepublik

Deutschland bleiben jedoch Gesamtschulen eine Ausnahmerecheinung.

Die zweite Strategie besteht darin, den Hochschulzugang deutlich für Berufserfahrene zu öffnen; Berufsausbildung wird dadurch aufgewertet, daß Jugendliche, die diese Wege wählen, die Perspektive einer langfristigen Ergänzung ihrer Bildung ohne „Rückkehr“ zu allgemeinbildenden Schulen vor sich sehen können. In der Bundesrepublik Deutschland wurden einige wenige Möglichkeiten dieser Art verwirklicht, jedoch blieb dies eine noch seltenere Ausnahme als der Zugang zu Universitäten über berufsorientierte Sekundarschulzweige bzw. -wege.³⁹⁾

Die dritte Strategie besteht darin, eine tertiäre Bildungsstruktur zu etablieren und dabei nicht-hochschulische Institutionen für Personen jenseits des typischen Sekundarschulbesuchsalters aufzuwerten. In der Bundesrepublik Deutschland wurde nur ein sehr begrenzter Schritt in dieser Richtung dadurch unternommen, daß zwei Bundesländer Berufsakademien einrichteten.⁴⁰⁾

Das bedeutet allerdings nicht, daß sich in der Bundesrepublik Deutschland insgesamt die Maßnahmen zur Aufwertung der beruflichen Bildung auf die wenigen genannten Schritte beschränkt hätten. Zu Beginn der 70er Jahre wurden die früheren Ingenieurschulen und höheren Fachhochschulen und Ende der 70er Jahre die gehobene Verwaltungsausbildung zu Fachhochschulen aufgewertet; mit den Fachoberschulen entstand ein neuer Zweig berufsorientierter Sekundärschulen, die den Zugang zu Teilbereichen des Hochschulsystems eröffnen. Daneben entstanden weitere berufliche Schulen der Sekundarstufe II. Auch nahm die Zahl der beruflichen Vollzeitschulen zu, die zur mittleren Reife führen. Diese ergänzenden Schritte gewannen jedoch nicht eine solche Attraktivität, daß sie die Expansion etablierten höheren Ebenen in Frage stellen konnten: Der Anteil der Studienanfänger an Fachhochschulen unter allen Studienanfängern wuchs kaum über die Größenordnung hinaus, die bereits bei der Aufwertung bestand. Der Erwerb einer mittleren Reife über berufliche Institutionen nahm weitaus geringer zu als der Realschulabschluß.

Die Bildungsexpansion der letzten Jahrzehnte erfolgte im Kontext wachsender beruflicher Anforderungen: Generell wird angenommen, daß die Zahl der Berufspositionen gewachsen ist, für die ein Hochschulstudium erforderlich ist, und daß die Zahl der Berufspositionen abgenommen hat, für die keine vollständige Berufsausbildung ausreicht. Allerdings wird ebenfalls generell angenommen, daß der Wandel erforderlichen Qualifikationsniveaus langsamer vor sich ging als die Bildungsexpansion. Dies hat in Bildungssystemen wie dem der Bundesrepublik Deutschland gewöhnlich eine zweistufige Adaption zur Folge: für viele Berufe steigt das durchschnittliche vorberufliche Qualifikationsniveau, und für viele Wege der vorberuflichen Ausbildung – berufliche Ausbildung und Hochschulausbildung – steigt die durchschnittliche schulische Vorbildung. Dabei mag es von Fall zu Fall verschieden sein, wieweit diese „upgrading“-Prozesse von den jeweiligen beruflichen Aufgaben bzw. den Anforderungen der beruflichen Ausbildung her erforderlich sind.

Über die quantitative und strukturelle Entwicklung des Bildungswesens sowie über den Übergang vom Bildungszum Beschäftigungssystem gibt eine Fülle von Untersuchungen und statistischen Daten, aber insgesamt eignen sie sich kaum zu Aussagen, wie sich der Verbleib von Abgängern der Schulen, Absolventen der beruflichen Ausbildung bzw. eines Studiums und umgekehrt die Vorbildung von

³⁸⁾ Zur Kritik des inflationären Gebrauchs des Terminus „Verdrängungswettbewerb“ siehe Teichler, U., Der Wandel der Beziehungen von Bildung und Beschäftigungssystem und die Entwicklung der beruflich-sozialen Lebensperspektiven von Jugendlichen, a. a. O., S. 65 ff.

³⁹⁾ Siehe Fichtner, D., Es handelt sich um keine Wohltat, in: Deutsche Universitätszeitung, Nr. 9/81, S. 298-300; Lipsmeier, A., Berufsbildungspolitik der 70er Jahre im Kontext der Bildungspolitik, in: Zeitschrift für Berufs- und Wirtschaftspädagogik, Beiheft 4, 1983, S. 1-14.

⁴⁰⁾ Siehe z. B. Ministerium für Wissenschaft und Kunst Baden-Württemberg, Berufsakademie Baden-Württemberg, Villingen-Schwenningen 1978.

Anfängern der beruflichen Ausbildung und des Studiums sowie von Berufsanfängern im Laufe der Jahre verschoben hat. Insgesamt zeigen die vorliegenden Daten jedoch, daß sich die Expansion der Schulbildung von 1970 bis 1982 zu mehr als der Hälfte in der Ausweitung bis dahin typischerweise anschließender Berufs- und Hochschulausbildungen niedergeschlagen hat. Die bisher unvollständigen Daten über die Entwicklung in den Jahren 1982 bis 1984, die hier angesichts der Unvollständigkeit nicht verarbeitet werden konnten, lassen jedoch die Vermutung zu, daß sich in jüngster Zeit das Verhältnis umgekehrt haben könnte: daß mehr als die Hälfte der Ausweitung des Schulbesuchs sich lediglich in der Zunahme der schulischen Vorbildung für die verschiedenen Berufs- und Hochschulausbildungen niederschlägt.

Die Mischung von Steigerung der erforderlichen Vorbildung für weitere Ausbildungsstadien bzw. für den Übergang in bestimmte Berufe einerseits und gewachsener Übergangschance zu qualifizierten Berufen aufgrund höherer Vorbildung andererseits läßt es Jugendlichen weiterhin in zunehmender Zahl für attraktiv oder zumindest für unumgänglich erscheinen, sich um weiterführende Bildung und um qualifizierte Berufsausbildung zu bemühen. Auch die zusätzliche Erschwerung durch die höhere Arbeitslosigkeit und durch Engpässe im Angebot von Ausbildungs- und Studienplätzen in der ersten Hälfte der 80er Jahre hatte keinen gegenteiligen Effekt. Die vorliegenden Daten über das Bildungsverhalten beim Übergang von der Primär- zur Sekundärschule lassen den Schluß zu, daß dieser Trend sich auch in den weiteren Jahren dieses Jahrzehnt fortsetzen wird.